Eine schlanke Bürokratie braucht auch keine 28 Kommissare. Weniger Kompetenzen gleich weniger Kommissare gleich weniger Beamte gleich sparsamer Haushalt – so einfach kann das sein.

(Lachen bei der CSU, den GRÜNEN, den FREIEN WÄHLERN und der SPD)

Ein Sitz des Europäischen Parlaments ist genug. Wer kann den Bürgern wirklich erklären, dass für Millionen Euro aus Steuergeldern Abgeordnete und deren Mitarbeiter Monat für Monat zwischen zwei Amtssitzen hin- und herpendeln? – Welch Irrsinn!

Europa braucht zugleich einen begrenzten Gerichtshof, der die nationalen Rechtstraditionen achtet und vor allem die Wiederherstellung von Vertragstreue und Rechtsstaatlichkeit durchsetzt, der den gewagten willkürlichen Rettungsmaßnahmen zugunsten einzelner Banken oder gar einer EU-Wirtschaftsregierung Einhalt gebietet, der nur in den Fragen Entscheidungsgewalt hat, die alle Völker Europas betreffen. Viele können das eigentlich nicht sein.

Ein solches Europa der Vaterländer braucht keine plumpe Einheitssprache. Deswegen sollte unsere schöne deutsche Sprache in allen europäischen Organisationen Verhandlungs- und Verfahrenssprache werden.

(Beifall bei der AfD)

Ein solches Europa der Vaterländer würdigt die Vielfalt seiner Regionen, zu denen die Türkei mit Sicherheit nicht gehört. Daher bekennen wir, die AfD, uns ganz selbstverständlich zu einer Europäischen Union, die der Aufklärung, den Menschenrechten und der Demokratie verpflichtet ist und die Werte des christlichabendländischen Kulturkreises erhält. So werden wir um jede Stimme kämpfen. Wir werden gemeinsam mit anderen freiheitlich-patriotischen Parteien eine starke Fraktion im Europaparlament bilden. Gemeinsam werden wir unsere Demokratie, unseren Rechtsstaat und unsere europäische Lebensart verteidigen. – Gott schütze Europa, Deutschland und unser geliebtes Bayern!

(Beifall bei der AfD)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Das Wort hat der Kollege Vizepräsident Markus Rinderspacher von der SPD-Fraktion.

Markus Rinderspacher (SPD): Herr Präsident, Herr Ministerpräsident, Hohes Haus, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Rede der Fraktionsvorsitzenden der sogenannten "Alternative für Deutschland" zu Europa hat in Teilen abermals unterstrichen und konnte nicht verschleiern, was das Europaverständnis der Nationalisten am äußersten rechten Rand ist. Vor wenigen Wochen haben im mittelfränkischen Greding führende Vertreter der AfD die erste Strophe des Deutschlandliedes abgesungen.

(Horst Arnold (SPD): Schande!)

Der Parlamentarische Geschäftsführer, einer derer, die hier kraftvoll mitgewirkt haben, Herr Maier, hat dies in unserer letzten Plenarsitzung, ausgerechnet am 8. Mai, dem Gedenktag der Befreiung Europas und Deutschlands, als "patriotischen Akt" gerechtfertigt. "Deutschland, Deutschland über alles in der Welt, von der Maas bis an die Memel, von der Etsch bis an den Belt" – meine sehr verehrten Damen und Herren von rechts außen, Sie haben aus der europäischen und aus der deutschen Geschichte nichts, aber auch gar nichts gelernt. Ihre Rede hat das erneut unterstrichen.

(Beifall bei der SPD, der CSU, den GRÜNEN und den FREIEN WÄHLERN – Zuruf der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner (AfD))

Wer "Deutschland, Deutschland über alles" singt und dies hier im Hohen Haus wie Sie, Herr Maier, als patriotischen Akt rechtfertigt, verhöhnt die Opfer des Nationalsozialismus, solidarisiert sich mit den Tätern und versündigt sich an der europäischen Idee von Frieden und Freiheit. Dessen sollten Sie sich bewusst werden!

(Beifall bei der SPD, der CSU, den GRÜNEN und den FREIEN WÄHLERN)

Für die demokratischen Parteien hier im Hohen Hause – da greife ich den Faden des Ministerpräsidenten auf – steht fest: Bei allen unterschiedlichen Positionen, die wir hier haben und mitunter auch in einem harten parlamentarischen Schlagabtausch im gegenseitigen Respekt miteinander ausfechten, stehen die demokratischen Parteien des Bayerischen Landtags gemeinsam ein gegen diesen menschenverachtenden Nationalismus, für unsere freiheitlich demokratische Grundordnung und für ein Europa der Versöhnung und des Miteinander, liebe Kolleginnen und Kollegen. Dafür stehen wir gemeinsam ein.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN sowie Abgeordneten der CSU und der FREIEN WÄHLER)

Hohes Haus, wir erfahren heute nahezu Tag für Tag etwas für meine Generation ich bin Jahrgang 1969 - völlig Ungewohntes, etwas Neues und sehr Ernstes. Es gibt auf dem europäischen Kontinent offensichtlich keine Garantie mehr, dass das Gewohnte und bislang für selbstverständlich und sicher Gehaltene so bleiben und weitergehen kann wie bisher. Wir erleben nicht das Ende der Geschichte, wie es der US-Politikwissenschaftler Francis Fukuyama 1989 nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion und nach dem Fall der Mauer prophezeit hat: Nach dem Ende der Systemkämpfe, nach dem Ende des Kampfes des Kapitalismus gegen Kommunismus und des Warschauer Pakts gegen die NATO werde es nun einen Siegeszug der Demokratie durch die Welt geben. - Heute wissen wir: Selbst aus dem Arabischen Frühling, einer großen demokratischen Hoffnung, ist ein arabischer Winter geworden. Heute wissen wir: Überall weltweit steht die Demokratie unter Druck. Der Thinktank Freedom House hat herausgefunden, dass gegenwärtig 46 % der Menschen auf dem Erdball in einer liberalen Demokratie leben, etwa drei Milliarden Menschen. Seit 2004 ist die Demokratie stärker denn je unter Druck. Demokratien sind rückläufig. Sie erleben keinen Siegeszug durch die Welt, wie Fukuyama das prognostiziert hat. Vieles, was wir 30 Jahre nach dem Fall des Eisernen Vorhangs und 50 Jahre nach der Osterweiterung der Europäischen Union sicher wähnten, ist alles andere als selbstverständlich. Der Frieden ist nicht selbstverständlich. Die Freiheit ist nicht selbstverständlich. Der Wohlstand ist nicht selbstverständlich, und auch nicht die Solidarität. Der vermeintlich sichere Frieden in Europa ist zumindest am östlichen Rand einem Unfrieden und kriegerischen Auseinandersetzungen gewichen mit mehr als 10.000 Toten in der Ostukraine, und dieser Krieg hält nach wie vor an. Vor den Toren der Europäischen Union, an den Außengrenzen, spielen sich menschliche Tragödien ab durch Krieg und Bürgerkrieg bis hin zum Genozid.

Europa wird in diesen Tagen, Monaten und Jahren von außen und von innen attackiert durch Handelskriege von Donald Trump und der Volksrepublik China, durch einen Propagandakrieg Wladimir Putins, der den inneren Zusammenhalt Europas zersetzen soll, und durch einen neuen Autoritarismus und Nationalismus, der eine Gefahr für die Demokratie, die unabhängige Justiz und die freien Medien darstellt.

Es hat den Anschein, liebe Kolleginnen und Kollegen, als hätten große Teile der europäischen Gesellschaft nichts aus der europäischen Geschichte gelernt. Gerade der Nationalismus zersetzt die europäische Idee von innen. Aber "Le nationalisme, c'est la guerre", wie es François Mitterrand in seiner großen Abschiedsrede

im Januar 1995 vor dem Straßburger Europaparlament formuliert hat. Nationalismus führt in seiner letzten Konsequenz immer zu Krieg. Er ist schon heute eine Bedrohung des inneren Friedens unserer Völker. Er grenzt aus und spaltet. Er produziert Gegner und Feinde statt Freunde und Partner. Er produziert Hass und Egozentrik statt Liebe und Zusammenhalt. Deshalb ist völlig richtig, was Herr Kollege Streibl hier eben formuliert hat: Von dieser Regierungserklärung und deren Aussprache muss heute das gemeinschaftliche Signal ausgehen: Wehret den Anfängen! Nie wieder!

(Beifall bei der SPD, der CSU, den GRÜNEN, den FREIEN WÄHLERN und der SPD)

Hohes Haus, der Bayerische Ministerpräsident hat heute eine proeuropäische Rede gehalten. Als Sozialdemokratie begrüßen wir das. Denn das war nicht immer so in dieser Deutlichkeit.

(Horst Arnold (SPD): So ist es!)

In den Jahren 2013 bis 2018 waren da auch ganz andere Töne zu hören. Wir begrüßen diesen Kurswechsel. Wir begrüßen diesen europapolitischen Purzelbaum, der fast wie ein spektakulärer politischer Fallrückzieher anmutet. Wir hoffen und bauen darauf, dass er nicht allein dem Wahlkampf geschuldet ist, weil aktuell ein christsozialer Spitzenkandidat für den Vorsitz der EU-Kommission antritt. Wir hoffen, dass dies nicht nur bis zum 26. Mai andauert, sondern dass dieses klare Bekenntnis für Europa über den Tag hinaus anhalten wird.

(Beifall bei der SPD)

Herr Ministerpräsident, ich kann Ihnen allerdings nicht ersparen, heute wenigstens ein Stück weit in Erinnerung zu rufen – wir wollen nach vorne schauen –, dass Ihre Politik bis vor wenigen Monaten noch eine andere war. Denn die Geister, die Bayerns Konservative in den letzten Jahren mit gerufen haben, machen sich auch hier und heute als unheilvolle Dämonen der Demokratie- und Europazerstörung breit. Es vergeht kein Jahr, in dem die CSU nicht Viktor Orbán zu Klausurtagungen eingeladen hätte. Der Rote Teppich wurde ausgerollt. Viktor Orbán wurde im neoklassizistischen Prinz-Carl-Palais abgefeiert und mit dem Franz-Josef-Strauß-Preis ausgezeichnet. Es gab nicht etwa einen kritischen Dialog, sondern es gab das obligatorische Schulterklopfen in Anwesenheit der Kameras. Orbán sei ein Vorbild für Europa.

Wir erinnern uns noch, dass wenige Monate vor der entscheidenden Abstimmung im Vereinigten Königreich David Cameron von der CSU zur Klausurtagung eingeladen worden war. Frau Hasselfeldt, Herr Söder und Herr Seehofer haben sich dazu hinreißen lassen, wenige Monate vor einer entscheidenden Abstimmung zu sagen, was Cameron da mache, sei CSU-Politik pur und damit gewissermaßen vorbildhaft zu nehmen.

Ich glaube, heute ist es jedem klar: Wenn die Nationalisten das Sagen haben, meine Damen und Herren, ist das Ergebnis Chaos wie im Vereinigten Königreich oder wie jüngst in Österreich; denn die Rechtspopulisten verkaufen ihr Land, ihre Nation und als Zugabe oben drauf noch ihre Großmutter, wenn es um die eigene Macht geht, meine sehr verehrten Damen und Herren. Das ist die Wahrheit.

(Beifall bei der SPD)

Auch die unkritische, im Kern unterstützende und aus meiner Sicht völlig falsche solidarische Haltung gegenüber der Regierung in Wien war für uns von Anfang an völlig zweifelhaft. Die CSU hat ihren Wahlkampf in Europa auch dieses Mal mit

Kanzler Kurz eröffnet, und sie wird ihn am kommenden Samstag im Münchner Osten mit Kanzler Kurz beschließen. Es hätte bei der einen oder anderen Einlassung der letzten Tage auch der bayerischen Konservativen der Eindruck entstehen können, dass Kanzler Kurz ein Opfer der Rechtspopulisten gewesen sei. Nein, meine Damen und Herren, er hat sich unter dem ermutigenden Beifall der bayerischen Christsozialen des Rechtspopulismus in Österreich bemächtigt. Er hat das politische Koordinatensystem in Österreich unter dem Applaus von Bayerns Konservativen nach rechts verschoben. Er wollte Macht und hat deshalb Strache und andere korrumpierbare Demokratieverächter für sich vereinnahmt. Es brauchte eben kein Enthüllungsvideo, um zu erkennen, wie demokratieverachtend die FPÖ war und ist. Kanzler Kurz ist auch heute nicht mutig. Er handelt als Getriebener, meine Damen und Herren. Das ist die Wahrheit.

## (Beifall bei der SPD)

Es zeigt sich einmal mehr: In schwierigen Zeiten ist es keine gute Empfehlung, auf sich treiben lassende Konservative zu bauen. Wer im Kampf gegen rechts in Europa auf Zuverlässigkeit setzt, setzt auf jene, die das in ihren Genen haben, nämlich auf die Sozialdemokratie.

## (Beifall bei der SPD)

Herr Kollege Kreuzer hat sehr zu Recht darauf aufmerksam gemacht, dass es keinen Sinn hat, Europa völlig unkritisch abzufeiern; denn selbstverständlich gibt es kritische Momente, die wir besprechen sollten.

Europa wird im Moment konservativ liberal dominiert, auch im Rat. 20 von 28 europäischen Regierungen sind konservativ liberal. Das macht sich auch dahingehend bemerkbar, dass Bürgerinnen und Bürger von Lappland bis Lissabon, 508 Millionen an der Zahl, den Eindruck haben, dass die Konzerne auf dem europäischen Kontinent in einer Art und Weise das Sagen haben, dass die Bürgerinnen und Bürger an der einen oder anderen Stelle zu kurz kommen.

Während der Bankenkrise zwischen 2008 und 2010 wurden 1,6 Billionen Euro freigemacht, um Banken zu retten, übrigens 13 % der europäischen Volkswirtschaft. 1,6 Billionen Euro, das ist eine Zahl mit 13 Stellen. Das waren alles Entscheidungen, die übers Wochenende getroffen wurden, am Samstag oder am Sonntag, weil man das Börsengeschehen nicht entsprechend beeinflussen wollte. Da habe ich Verständnis für jene Bürger, die in unsere Sprechstunde kommen und sagen: Für die habt ihr Geld, aber was ist eigentlich mit uns?

Deshalb stellen wir in den Mittelpunk unserer Europapolitik auch das soziale Europa. Es geht darum, in gute Arbeit zu investieren und in Infrastruktur, damit Ungleichheiten abgebaut werden. Und es gilt in die soziale Sicherheit zu investieren. Das aber schaffen wir nur, wenn auf dem europäischen Kontinent auch die großen Konzerne Steuern zahlen und sich nicht drücken: Amazon, Google, Facebook & Co. Wir brauchen ein Mindestniveau der Besteuerung; nur so stellen wir sicher, dass alle einen fairen Beitrag zur Finanzierung der Staatsaufgaben leisten. Der ehrliche Steuerzahler darf nicht der Dumme sein; die großen Konzerne müssen auch herangezogen werden.

## (Beifall bei der SPD)

Wenn wir über Steuervermeidung reden, sind wir auch sehr schnell bei der Steuerhinterziehung. Die Steuerhinterziehung in Europa verursacht gigantische Verluste von 825 Milliarden Euro. 825 Milliarden Euro entsprechen ungefähr dem Fünffachen des EU-Haushalts. Würde man den Betrag in 500-Euro-Noten stapeln, wäre der Turm am Ende rund 300 km hoch und 1.800 Tonnen schwer.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, deshalb sollten wir den Kampf gegen Steuerflucht aufnehmen durch automatische Meldepflichten der Banken, das Einfrieren verdächtiger Guthaben sowie eine Verbesserung der Strafverfolgung bei Steuerhinterziehung. In Europa sollen nicht Lohndumping und Steuerrabatte den Wettbewerb entscheiden, sondern Talente und Ideen. Darum muss es uns gehen.

(Beifall bei der SPD)

Statt eines kalten und neoliberalen Europas, bei dem die Schwachen unter die Räder kommen, wollen wir ein solidarisches und modernes Europa, in dem gesellschaftlicher und technischer Fortschritt in Einklang zu bringen sind, wo wirtschaftliche Dynamik und ökologische Vernunft zusammengehören mit einer CO<sub>2</sub>-Bepreisung, mit einer neuen, ökologisch ausgerichteten Landwirtschaftspolitik sowie einer besseren Förderung des öffentlichen Personennahverkehrs.

Es geht um ein solidarisches Europa, wo Bildungs- und Berufschancen für die Jüngeren nicht gegen eine auskömmliche Rente für die Älteren ausgespielt werden und wo es einen Wettbewerb um die besten Innovationen für die Realwirtschaft gibt, nicht aber einen Wettbewerb um die schädlichsten Steuervermeidungsmodelle, die riskantesten Finanzkonstruktionen oder die schlechtesten Arbeitsbedingungen.

Ein soziales Europa muss sich darum kümmern, dass alle Generationen, egal welchen Alters, Mann oder Frau, in Würde leben und alt werden können. Dazu gehören ein Leben ohne Armut, ein bezahlbarer Zugang zu guter Pflege und Gesundheitsvorsorge, bezahlbarer Wohnraum, öffentliche Infrastruktur, Zugang zu lebenslanger guter Bildung und auch das, was im Moment im Kern unserer öffentlichen Debatte steht, nämlich der europäische Mindestlohn. Auch hier brauchen wir eine Harmonisierung. Wenn wir diesen bei 60 % des Durchschnittswertes anlegen, würde der Mindestlohn auch in Deutschland auf 12 Euro steigen.

(Beifall bei der SPD)

Es muss uns darum gehen, die europäische Spitzenposition in der Forschung auszubauen. Hier hat Bayern zuletzt eine Chance vertan. Der europäische Supercomputer war ausgeschrieben worden, und wir hatten die Hoffnung nach der Regierungserklärung Dr. Söders im vergangenen Dezember, Bayern würde sich darum bewerben. Wir haben dann allerdings feststellen müssen, dass der bayerische Wissenschaftsminister Bernd Sibler zu diesem Quantencomputer, der Bayern mit an die Weltspitze geführt hätte und für den es eine Milliarde Euro an Förderung für Bayern gegeben hätte, halbherzig mitgeteilt hat, eine bayerische Standortbewerbung werde es hierfür nicht geben, weil es mit Finanzierungs- und Leistungsverpflichtungen einherginge. Das ist eine vertane Riesenchance für Bayern, den Freistaat zu einem Weltstandort im Bereich Supercomputing auszubauen. Bayern bietet die notwendigen Kompetenzen und Ressourcen, um den Wettbewerb mit Amerika und China in diesem Bereich aufzunehmen. Schade, dass Bayern diese europäische Chance vertan hat.

(Beifall bei der SPD)

Wir verstehen es auch nicht, dass der Spitzenkandidat der CSU zur Europawahl Nord Stream 2 ablehnt, ein Jahrhundertprojekt mit allerhöchster Relevanz für Bayern, Deutschland und Europa. Bayerns Regierung weiß nicht, ob sie dafür oder dagegen sein soll. Dabei sind wir auf diese Infrastruktur in erheblichem Maße angewiesen.

(Thomas Kreuzer (CSU): Wir sind dafür! – Alexander König (CSU): Und ob!)

Da wir aus der Kohle und aus der Atomenergie aussteigen, ist es unverantwortlich, dass der CSU-Spitzenkandidat sagt, er würde dieses Projekt stoppen.

(Beifall bei der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich komme zum Ende. Für junge Menschen ist Europa kein fernes Projekt mehr, sondern Realität und Lebensgefühl: gemeinsame Währung, freies Reisen, Lernen, Studieren und Arbeiten, Freundschaften schließen über alle Grenzen hinweg. Zu Tausenden organisieren sie sich für ein starkes demokratisches und solidarisches Europa. Wir laden alle ein, sich den nationalistischen Kräften entgegenzustellen und mit uns für ein Europa des Friedens, der Freiheit, der Gerechtigkeit, der Solidarität und der Demokratie zu streiten. – Europa hat am 26. Mai die Wahl. Machen wir Europa besser: ein friedliches Europa, sozialdemokratisch und frei!

(Zurufe von der SPD: Bravo! – Beifall bei der SPD)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Das Wort hat der Kollege Martin Hagen, der Fraktionsvorsitzende der FDP.

Martin Hagen (FDP): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Kollegin von der AfD, Frau Ebner-Steiner, hat den aktuellen "SPIEGEL" zitiert bzw. auf das Titelblatt des "SPIEGEL" hingewiesen. Ich hätte ihr empfohlen, dass sie den "SPIEGEL" aufschlägt; dann hätte sie auf den Seiten 78 ff. lesen können, wie einer ihrer Freunde, Hans-Christian Strache, bereit ist, sein Land, seine Heimat für russisches Schwarzgeld zu verscherbeln. So viel zu den sogenannten patriotischen Kräften: Pfui Teufel!

(Beifall bei der FDP)

Nun ein Wort zur Regierungserklärung des Herrn Ministerpräsidenten. Ich bin erstaunt, was eine solche Wahlschlappe wie die der CSU im vergangenen Herbst an Positivem bewirken kann.

(Lachen der Abgeordneten Katharina Schulze (GRÜNE))

Vor weniger als einem Jahr haben Sie, Herr Ministerpräsident, vom Ende des geordneten Multilateralismus gesprochen und davon, man müsse jetzt doch nicht immer an Europa denken. Heute singen Sie das Hohelied der europäischen Kooperation und Einigung; ob das nun Ausdruck von Opportunismus oder eines echten Lernprozesses ist, möge jeder selbst beurteilen. Ich jedenfalls begrüße es sehr, dass die Bayerische Staatsregierung ihren europapolitischen Irrweg verlassen hat.

(Beifall bei der FDP)

Nicht erst das Brexit-Chaos hat uns gezeigt, dass die Rückkehr ins Nationale ein Irrweg ist. Als Italien im Jahr 2011 um europäische Solidarität bat, weil es der Masse an Flüchtlingen, die damals in Lampedusa landeten, nicht mehr Herr wurde, sagte Ihr Parteifreund, der damalige Innenminister Hans-Peter Friedrich, das sei kein europäisches Problem, es sei ein italienisches Problem.

Wenige Jahre später – wir wissen es alle – wurde es ein deutsches Problem. Im Jahre 2015 wären wir froh gewesen, wir hätten dieses Problem europäisch behandelt. Wir müssen endlich einsehen, dass sich die großen Probleme unserer Zeit nur im großen Rahmen lösen lassen. Sie lassen sich nur im europäischen Rahmen lösen. Das gilt für die Migration genauso wie für den Klimawandel, den internationalen Terrorismus oder auch die derzeitigen Handelskriege.